

VW unter Druck: Wirtschaftsminister fordert Verantwortung für Beschäftigte

Bundeswirtschaftsminister Habeck betont die Rolle der Autoindustrie als „Wohlstandsmotor“ in Deutschland amid VW's Sparplänen.

Die Situation bei Volkswagen hat sich zugespitzt, und das Unternehmen sieht sich gezwungen, ein hartes Sparprogramm einzuführen, das drastische Maßnahmen wie Werkschließungen und betriebsbedingte Kündigungen in den Raum stellt. Diese Ankündigung hat sofort die Aufmerksamkeit von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck auf sich gezogen, der in Berlin Stellung bezog und die Bedeutung der Autoindustrie für Deutschland unterstrich.

Habeck betonte, dass die Entscheidungen, die Volkswagen trifft, in enger Abstimmung mit den Sozialpartnern erfolgen müssen. „Wir müssen sicherstellen, dass Deutschland ein starker Automobilstandort bleibt“, erklärte er und forderte alle Beteiligten auf, ihrer Verantwortung für die Mitarbeiter an den verschiedenen Standorten gerecht zu werden.

Werkschließungen und Kündigungen äußern Besorgnis

Die Ankündigung von Volkswagen, die Vereinbarung zur Beschäftigungssicherung aufzukündigen, hat für große Unruhe gesorgt. Diese Vereinbarung schloss betriebsbedingte Kündigungen bis 2029 aus. Die Arbeitnehmervertreter und Gewerkschaften zeigten sich entsetzt über diese Wendung und forderten ein Umdenken am Unternehmensstandort.

Habeck wies darauf hin, dass die Autoindustrie als „Wohlstandsmotor“ für ganz Deutschland angesehen werden sollte. Dies gelte insbesondere für Volkswagen, das als zweitgrößter Automobilhersteller im Land eine zentrale Rolle spielt, sowohl in Bezug auf die Beschäftigung als auch auf die Innovation. Die deutschen Hersteller müssen sich in einem sich schnell wandelnden Markt der E-Mobilität behaupten, und das erfordert eine nachhaltige Planung und Verantwortung vom Unternehmensmanagement.

Die Herausforderungen, vor denen die Autoindustrie steht, sind vielfältig. Neben dem Übergang zur Elektromobilität gibt es auch externe Faktoren, die sich auf die Branche auswirken. Die neue EU-Vorgabe, dass ab 2035 nur noch CO₂-neutrale Fahrzeuge neu zugelassen werden dürfen, soll den Unternehmen Planungssicherheit bieten, doch die Debatte über diese Regelung ist teilweise sehr umstritten.

Die Situation verschärfte sich weiter durch den Stopp der staatlichen Förderung beim Kauf von E-Autos, was zu einem signifikanten Rückgang bei Neuzulassungen führte. Um dem entgegenzuwirken, plant die Bundesregierung, die Nachfrage nach E-Autos als Dienstwagen zu fördern. Zur Stärkung dieser Initiative sollen neue steuerliche Anreize im Rahmen einer „Wachstumsinitiative“ eingeführt werden. Ein Gesetzentwurf, der diese Punkte behandeln soll, wird voraussichtlich bald vom Kabinett verabschiedet.

Habeck sieht die Notwendigkeit, die Nachfrage nach E-Mobilität wieder zu beleben. „Ein Schub ist notwendig“, so der Minister, um die Verbraucher zu ermutigen, sich für Elektromobilität zu entscheiden und somit die Branche zu unterstützen. Angesichts der Veränderungen, vor denen die Autoindustrie steht, schon allein aus technischer und umweltpolitischer Sicht, muss auch Volkswagen seine Strategie überdenken und sich neu orientieren, um weiterhin als Arbeitgeber und Innovator erfolgversprechend agieren zu können.

dpa/jml

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de